

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font, set against a solid blue square background.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Deutschland hat Zukunft

Sicherheitspolitik und Industrie – Vertrauen, Verantwortung, Verlässlichkeit

Freitag, 06.02.2015 um 13:30 Uhr

Ehemalige Karmeliterkirche

Karmeliterstraße 1, 80333 München

Begrüßung

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie im Namen der vbw – Vereinigung der bayerischen Wirtschaft sehr herzlich begrüßen und willkommen heißen.

Dass wir uns im Vorfeld der Münchener Sicherheitskonferenz aus Sicht der Wirtschaft zu aktuellen sicherheitsrelevanten Aspekten austauschen, ist mittlerweile eine gute Tradition.

Aktuelle sicherheitspolitische Gefahren: Die Krisen nehmen zu

Es gibt viel zu besprechen: Krisen, Kriege und Terror erschüttern die Welt. Unsere Bundeswehr wird immer öfter gefordert.

All das bleibt auch für unsere Unternehmen nicht ohne Folgen.

Drei Momentaufnahmen:

Erstens. Die Anschläge von Paris haben uns gezeigt, wie allgegenwärtig die Bedrohung durch radikale Extremisten ist.

Und sie werfen Sicherheitsfragen auf, die Gesellschaft wie Wirtschaft gleichermaßen beschäftigen.

Dazu kommt: Die Bedrohungen sind längst auch digital. Cybercrime und Wirtschaftsspionage nehmen beunruhigend zu.

Zweitens. Der Terror der ISIS im Nahen Osten, der Extremismus in Westafrika sowie der Bürgerkrieg in Syrien haben zu einem massiven Anstieg der Flüchtlingszahlen geführt.

Laut UNO sind weltweit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht.

2014 sind rund 210.000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen – jeder Sechste davon nach Bayern. Das ist die höchste Zahl seit über 20 Jahren.

Diese Menschen, die häufig sehr gut qualifiziert sind, schnellstmöglich in Arbeit zu bringen, ist nicht nur ein Beitrag zur Integration – es ist auch ein Beitrag zur Fachkräftesicherung.

Dabei hat das Erlernen unserer Sprache oberste Priorität – möglichst vom ersten Tag an.

Politik und Unternehmen müssen hier gemeinsam ihrer Verantwortung nachkommen.

Drittens. Die Ukraine-Krise und die verhängten Handelssanktionen gegen Russland zeigen Wirkung – auf beiden Seiten:

Über 6000 deutsche und 1500 bayerische Unternehmen sind in Russland aktiv. Sie klagen über Umsatzeinbußen von bis zu 30 Prozent.

Gleichzeitig sehen wir mit Sorge, dass sich Russland in Richtung China und Türkei wendet. Die Sanktionen zwingen es dazu.

Sicherlich ist es notwendig, dass die EU in einer solchen Krise mit einer Stimme spricht.

Aber klar sein muss auch: Die Sanktionen sollen dazu dienen, Russland wieder an den Verhandlungstisch zu bringen – nicht dazu, das Land ins Chaos zu stürzen und unseren Beziehungen dauerhaft zu schaden.

Darauf haben wir von Anfang an hingewiesen.

Die Politik sieht den Handlungsdruck.

So hat Wirtschaftsminister Gabriel kürzlich gesagt – ich zitiere: „*Wir können doch kein Interesse daran haben, Russland wirtschaftlich auf die Knie*

zu zwingen. Wir bekommen die vielen Krisen in der Welt, sei es in Syrien oder im Iran, nicht in den Griff, wenn sich Russland nicht an ihrer Lösung beteiligt.“ Zitat Ende.

Die gemeinsame Reise von Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Hollande nach Kiew und Moskau lässt hoffen, dass jetzt auf diplomatischem Wege eine Lösung gefunden wird.

Aus deutscher wie europäischer Sicht gilt: Politik und Wirtschaft brauchen starke Partner in der Welt. Dazu gehört auch Russland.

Global Verantwortung wahrnehmen – Bedeutung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Meine Damen und Herren,

die Krisen- und Konfliktherde dieser Welt erfordern ein konzentriertes Vorgehen der Weltgemeinschaft.

Deutschland als wirtschaftlich starkes Land ist dabei ein gefragter Partner.

Die Bewahrung einer freien und offenen internationalen Ordnung ist für unsere Freiheit und unseren Wohlstand von zentraler Bedeutung.

Wir tragen Verantwortung dafür, diese Weltordnung und ihre Regeln und Institutionen zu erhalten.

Sie erinnern sich: Bei der letzten Sicherheitskonferenz haben Bundespräsident Gauck und Verteidigungsministerin von der Leyen mit ihren Beiträgen eine kontroverse Debatte ausgelöst.

Der Bundespräsident mahnte an – ich zitiere: *„Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde.“*

Und Frau von der Leyen später wörtlich: *„Gleichgültigkeit ist keine Option.“*

Gleich, wie man politisch zu diesen Aussagen steht – klar ist: Der Sicherheitsbedarf ist groß.

Dabei geht es auch darum, dass unsere Soldaten mit den modernsten Waffensystemen ausgerüstet und geschützt sind.

Das ist eine moralische Verpflichtung für unsere Gesellschaft!

Deshalb ist – aller Kritik zum Trotz – eine erfolgreiche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie unentbehrlich, damit Deutschland seiner gewachsenen Verantwortung im Ausland nachkommen kann.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie umfasst ca. 850 Unternehmen, die mit rund 200.000 Beschäftigten im Jahr 2012 einen Umsatz von rund 22 Milliarden Euro erwirtschaftet hat.

Rund ein Drittel dieser Unternehmen haben ihren Sitz in Bayern. Die meisten davon sind Mittelständler.

Herr Pappberger, Vorstandsvorsitzender der Rhein-Metall, wird uns in seinem Vortrag sicherlich noch näheres zur Bedeutung der Branche sagen.

Lieber Herr Pappberger, herzlich willkommen!

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist aber nicht nur ein großer Arbeitgeber.

Sie ist auch eine große Innovationstreiberin: Innovative Produkte machen gut 32 Prozent des Branchenumsatzes aus – doppelt so viel wie im Industriedurchschnitt.

Von dieser Innovationskraft profitieren viele Branchen:

Zum Beispiel die Automobil-, die Pharma- und Chemieindustrie oder die Nachrichtentechnik, die viele Schnittmengen mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie haben.

Das sollte nicht vergessen werden!

Die Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sind also nicht nur von zentraler Bedeutung für die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr und den Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten.

Sie leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands – nicht zuletzt durch ihre starke Exportorientierung.

Sicherheits- und Verteidigungsindustrie: Globaler Einflussfaktor
und Sicherheitsstandards für Soldatinnen und Soldaten

Meine Damen und Herren,

wer in Deutschland über die Genehmigung von Rüstungsgütern entscheiden muss, tut das nach sehr strengen gesetzlichen Regeln. Und das ist richtig so.

Innerhalb dieser engen Grenzen gibt es aber gute Gründe für die internationale Zusammenarbeit in Rüstungsfragen:

Diese Zusammenarbeit schafft Vertrauen, das immer noch die wichtigste Währung im Verhältnis zu anderen Staaten ist.

Durch dieses Vertrauen erhöhen sich auch die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme:

Krisensituationen, umstrittene wirtschaftliche Vorhaben oder Menschenrechtsfragen sollten daher nicht ausgeklammert werden.

Zudem hat Deutschland ein Interesse daran, dass unsere Partner auch in Krisensituationen selbständig für ihre Sicherheit sorgen können.

Das trägt dazu bei, dass

- wir unseren Bündnisverpflichtungen nachkommen können,
- seltener Unterstützung aus dem Ausland benötigt wird
- und sich dadurch die Risiken für unsere Soldaten verringern.

Auch das ist Teil der gelebten Verantwortung, wie sie Bundespräsident Gauck angemahnt hat!

Aktuelle Herausforderungen für die Sicherheits- und
Verteidigungswirtschaft

Meine Damen und Herren,

die politische Realität ist leider häufig eine andere:

Die zunehmenden Restriktionen von staatlicher Seite stellen eine ernstzunehmende Herausforderung für die exportorientierte Sicherheits- und Verteidigungsindustrie dar.

Durch die zögerliche Genehmigungspolitik können deutsche und bayerische Unternehmen ihre vertraglichen Liefertermine häufig nicht einhalten.

Das hat Auswirkungen, die weit über die Grenzen Deutschlands hinausreichen:

Europäische Projekte werden immer häufiger unter Ausschluss deutscher Wehrbetriebe durchgeführt, um nicht in den Sog einer restriktiven deutschen Exportpolitik zu gelangen.

Das ist ein falsches Signal für den Standort, für unsere Partner und auch für die Menschen, die in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie arbeiten.

Sollten noch mehr Restriktionen greifen, ist unsere Rüstungsindustrie in ihrer Existenz bedroht, während Deutschland langfristig in eine Abhängigkeit von fremder Technologie geraten kann.

Das wäre in Zeiten gestiegener globaler Bedrohungen eine gefährliche Entwicklung.

Auch aus ökonomischen Überlegungen muss verhindert werden, dass die Branche ins Ausland abwandert.

Deshalb fordern wir eine klare und verlässliche Genehmigungspolitik. Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie braucht Planungssicherheit.

Dazu suchen wir den Dialog mit der Politik.

Ich begrüße den Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig, der uns in seinem Vortrag die aktuelle Linie der Bundesregierung vorstellen wird.

Und auf dem Podium wird Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche mit uns diskutieren.

Wir freuen uns, dass Sie bei uns sind!

Schluss

Meine Damen und Herren,

ationale wie internationale Sicherheit erfordern eine leistungsstarke wehrtechnische Industrie.

Sonst verhallen die politischen Forderungen nach einer globalen Sicherheitsarchitektur und mehr globaler Verantwortung Deutschlands im leeren Raum.

Zu dieser Bewusstseinsbildung wollen wir, die Bayerische Wirtschaft, mit der heutigen Veranstaltung beitragen.

Ich freue mich auf interessante Vorträge und einen lebendigen Austausch – und bitte nun Herrn Ulrich Grillo, den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, um sein Statement.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.